



Aspekte zur Landtagswahl

Hochschulpolitische Informationen des Verbandes der Hochschullehrerinnen
und Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern e.V.

02. Oktober 2018

Politische Standortbestimmung der HAWs in Bayern

Von allen Parteien befürwortet – aber nicht in gleichem Maße unterstützt

Im August dieses Jahres sind Fragebögen zu den Kernforderungen des vhb an sämtliche Parteien versandt worden, die eine Chance haben, in der Wahl zum Bayerischen Landtag am 14. Oktober die 5% Hürde zu überspringen. Mit Ausnahme der ödp haben alle Parteien geantwortet. Die Zusammenfassung

Vorweg ein sehr positives Fazit: Die HAWs haben sich in der politischen Wahrnehmung offenbar hervorragend etablieren können. Alle befragten Parteien bekunden, dass sie den HAWs im bayerischen Bildungssystem auf einer Skala von eins bis fünf eine sehr große Bedeutung, bzw. im Fall von Die Linke große Bedeutung zumessen. Und betrachtet man die Liebe zum Detail der gegebenen Antworten, spricht vieles dafür, dass dieses Votum nicht nur aus Wahlkampfgründen ausgesprochen wurde.

Auch die grundsätzliche Einschätzung der Tätigkeitsschwerpunkte der HAWs zeigt, dass die Botschaften zur Bedeutung der Hochschulen großflächig angekommen sind. CSU, Freie Wähler, SPD und auch AfD betonen die „Schlüsselfunktion bei berufsbezogener akademischer Ausbildung“ (FW), „Versorgung mit Fachkräften etwa in Informatik ebenso wie in Sozialberufen oder in der Pflege“ sowie der „angewandten Forschung“ und beim „Wissenschafts- und Technologietransfer“ (CSU), „Innovationsmotoren für die Regionen“ und „entscheidende Akteure beim Technologietransfer“ (SPD). Für Die Linke spielt zudem noch eine wichtige Rolle, dass die HAWs „wachsenden Zulauf gerade von

Die Antworten erfolgten durch oder unmittelbar im Namen von

SPD: Steven Kalus; Leiter des Büros der Spitzenkandidatin Persönlicher Referent Natascha Kohnen, sowie Isabel Zacharias (MdL)

Freie Wähler (FW): Prof. Dr. Michael Piazolo MdL, stv. Vors. FW Bayern. bildungspolit. Sprecher FW Landtagsfraktion, Ausschussvors. Wiss.&Kunst im Bay. Landtag

FDP: Karlheinz Faller; Spitzenkandidat der FDP Schwaben zur Landtagswahl

Die Grünen: Verena Osgyan, MdL, Sprecherin Wissenschaft

Die Linke: Büro Nicole Gohlke MdB, hochschul- und wiss.pol. Sprecherin

CSU: Oliver Jörg (MdL) Vorsitzender Arbeitskreis HS & Kultur der CSU und stellv. Vorsitzender Ausschuss Wissenschaft & Kunst im Bay. Landtag, sowie Stellvertreter

- StM Bernd Sibling, MdL
- Dr. Carmen Langhanke
- Prof. Dr. Gerald Wilhelm

AfD: Dr. Ch. Birghan
Sprecher LFA 6 AfD Bayern

Schulabsolvent*innen genießen, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben.“ Das mache die HAW zu wichtigen Türöffnern der Akademisierung breiterer Bevölkerungsschichten.

Die Unterschiede liegen darin, dass AfD und CSU hierbei sehr stark die Unterschiede zu den Universitäten betonen. Am stärksten die AfD („Die Aufgabe der HAW sehen wir hauptsächlich in der Lehre“). Jedoch auch die CSU betont ausdrücklich ihr Bekenntnis zum differenzierten Hochschulsystem. Zitat: „Dieses möchten wir weiterhin erhalten.“ Während die Freien Wähler, SPD und die FDP eher die „vielfältigen neuen Aufgaben“ (FW) in den Mittelpunkt stellen.

Am offensten positionieren sich in diesen Punkten die Grünen und Die Linke, die kaum eine Abgrenzung der Funktion gegenüber den Universitäten vornehmen. Die Grünen betonen generell Forschung und Third Mission als „integrale Aufgabe“ der HAWs. Die Grünen weiter: „Wir wollen langfristig die Rahmenbedingungen denen an den Universitäten gleichsetzen. Attraktivere Beschäftigungsbedingungen heißt für uns, die Umsetzung von in diesem Fragebogen zugesagten Maßnahmen: Reduzierung des Lehrdeputats, Anpassung der Besoldung, Ausbau von Mitarbeiter*innenstellen.“ Die Linke fordert, dass „die HAWs den Universitäten in möglichst vielen Bereichen gleichgestellt und also aufgewertet werden. Angesichts des weitgehend identischen Aufgabenprofils der HAW-Professuren mit denen an Universitäten, ist ihre deutliche Ungleichbehandlung nicht zu rechtfertigen.“

Ja / Nein Fragen bilden Lager ab

Betrachtet man nun zunächst das Zahlenwerk, also die Forderungen die klar mit <<ja/nein>>

oder <<nicht nötig>> zu beantworten waren, ziehen sich die genannten grundsätzlichen Unterschiede auch stringent durch die weiteren Antworten zu den zentralen Forderungen des vhb. Sowohl die Absenkung des Lehrdeputats für die Professoren der HAWs, als auch die Zuordnung einer Mitarbeiterstelle zu jeder Professorenstelle und die höhere Besoldung auf Stufe W3 sehen CSU und AfD besonders kritisch. Beide lehnen diese Forderung ab. Alle anderen bejahen sie tendenziell. Ablehnend reagiert die AfD ebenso, wenn es um mehr Mitsprache der Professoren bei Entscheidungen in den Hochschulgremien geht. Diese hält sie für „nicht nötig“. Sie spricht sich auch klar „gegen die GRUNDSÄTZLICHE Zuordnung je einer Mitarbeiterstelle pro Professur“ aus.

„Die Forderung der Reduzierung des Lehrdeputats um ein Drittel kann eine Oppositionspartei leicht unterstützen, eine Regierungspartei in Bayern muss sich aber stets Fragen der Machbarkeit stellen. Wenn ein Drittel des Lehrdeputats wegfällt, dann müssten zur Abdeckung der Lehrverpflichtungen ein Drittel mehr Hochschullehrer an HAWs eingestellt werden (ca. 650 Professoren). Da wir jedoch um die Vielfach-Belastung der HAW-Professoren wissen, wurden rund 50 W2-Stellen für Forschungsprofessuren zusätzlich in den laufenden Doppelhaushalt eingestellt, diese sollen nach dem Willen der Hochschulpolitiker der CSU nur den Anfang bilden.“ (CSU)

„Nicht nötig“ antwortet auch die CSU in der Frage der verstärkten Gremienmitsprache und bezüglich einer stärkeren Etablierung und Flexibilisierung des Mitteleinsatzes. Allerdings nicht aus fundamentaler Ablehnung, sondern mit folgender Begründung: „Wir bekennen uns zur Hochschulautonomie und halten es nicht für zielführend allen Hochschulen Top-Down verbindliche Prozesse und

Verfahren vorzuschreiben. Das Bayerische Hochschulgesetz bietet den Hochschulen, u.a. mit Art. 106, bereits große Möglichkeiten Prozesse anders zu steuern als im Hochschulgesetz geregelt (etwa Budgetierung); die TUM und die FH München haben davon auch Gebrauch gemacht.“

Zustimmung aller Parteien erhält die Forderung, mehr Masterstudiengänge an den HAWs zu schaffen. Auch geben alle an, gegebenenfalls bereit zu sein, Maßnahmen zu unterstützen, die die Attraktivität eines Berufswechsels an die HAWs für erfahrene

Manager aus der Praxis erhöhen. Wobei mehrere Antworten an anderer Stelle bei CSU, FDP und AfD darauf hindeuten, dass in punkto Förderung keine Bevorzugung der HAWs sondern ein Ideen- und Innovationswettbewerb innerhalb des gesamten Hochschulsystems stattfinden sollte. Die Linke hingegen fordert explizit die „Abschaffung der Exzellenz-Strategie, von der HAW unterdurchschnittlich profitieren.“

Die FDP spricht zurückhaltend von „in begründeten Fällen mehr bezahlen“ und „in Abhängigkeit zur Anzahl der Studierenden ausreichend Ressourcen, um den Bachelor-AbsolventInnen auch eine MA-Perspektive bieten zu können“, sowie generell „bedarfsgerechten Ausbau“. Und: „Eine generelle Absenkung auf 12 Semesterwochenstunden wäre bei einer Zunahme der Tätigkeiten in der angewandten Forschung, Kooperationen mit anderen Hochschulen (z.B. im Ausland) und bei der Betreuung von wiss. Mitarbeitern gerechtfertigt. Umfang und Qualität der Lehre müssen dabei gesichert bleiben.“ (FDP)

Umsonst ist der Tod, doch der kostet das Leben

Freie Wähler, SPD, Die Linke und Die Grünen betonen an verschiedenen Stellen hingegen den expliziten Willen, gezielt monetär in den weiteren Ausbau der HAWs investieren zu wollen.

Die Grünen: „Wir fordern den Aufbau eines wissenschaftlichen Mittelbaus und auch des wissenschaftsunterstützenden Personals an den HAWs, damit sie ihrer Aufgabenstellung gerecht werden können.“ Und „Wir wollen Mittel bereitstellen, mit denen auch HAWs vermehrt Masterstudiengänge anbieten können. Aus unserer Sicht sollte für jede*n Bachelor-Absolvent*in ein Masterstudienplatz zur Verfügung stehen.“

„Hochschulen sollten koordinierende Funktionen in der Implementierung und Begleitung digitaler Prozesse & Techniken in Betrieben, der dualen Ausbildung und beruflichen Weiterbildung erhalten.“ (FDP)

„Die HAWs haben akademische Bildung und Forschung in alle Regionen Bayerns getragen.“ (Die Grünen)

Die Linke: „Wer eine HAW-Professur ausfüllt, muss im Wesentlichen dieselben Qualifikationen vorweisen wie die Kolleg*innen an Universitäten, mit denen HAW zu vergleichen sind und an denen sie zunehmend gemessen werden. Die gegenwärtige Ungleichbehandlung führt zu Unzufriedenheit und Personalmangel und sollte deshalb ausgeglichen werden.“ Und „Mit der wachsenden Studierendenzahl steigt auch der organisatorische und administrative Aufwand der Lehrenden. Die Professuren sollten durch ausreichend wissenschaftliches und Verwaltungspersonal unterstützt werden, um ihre Aufgaben in Lehre und Forschung vernünftig ausfüllen zu können.“

Freie Wähler: „Neben finanziellen Anreizen [für Hochqualifizierte aus der Wirtschaft] spielt insbesondere auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen an

den Hochschulen, zum Beispiel die Einrichtung von Mitarbeiterstellen und die Erhöhung von Ermäßigungsstunden, eine wichtige Rolle.“

„Grundsätzlich halten wir den Ausbau von W3-Stellen an den bayerischen Hochschulen für sinnvoll und können uns daher auch eine Anhebung der Besoldung von Professuren an den HAWs auf W3 gut vorstellen.“ Nicht ohne Grund nimmt die Zahl an Studieninteressierten gerade an den HAWs auch im Bereich der Masterstudiengänge kontinuierlich zu. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sollte daher der Ausbau von attraktiven und zukunftsorientierten Masterstudiengängen an den

HAWs von hochschulpolitischer Seite verstärkt gefördert werden.

„Insbesondere in einer Verbesserung der Grundfinanzierung und der Lehr- und Studienbedingungen sowie der Betreuungsverhältnisse sehen wir FREIE WÄHLER grundlegende

Maßnahmen, um die Attraktivität der HAWs weiter zu steigern. Daneben sollten auch die Strukturen für Promotionsverfahren ausgebaut werden. Denn das Promotionsrecht für die HAWs kann nicht nur die Forschung in

denjenigen Disziplinen befördern, die an den Universitäten nicht oder nur am Rande vertreten sind, sondern auch die Qualität der anwendungsorientierten Forschung weiter stärken. Insbesondere die bereits vorhandenen Modelle der kooperativen bzw. Verbund-Promotionsverfahren haben sich bewährt.“

Auch die SPD möchte die HAWs fördern und argumentiert: „Der Wissenschaftsrat hat in seinen jüngsten Empfehlungen zur „Personalgewinnung und –Entwicklung“ an Hochschulen für angewandte Wissenschaften darauf hingewiesen, dass die Entwicklung des Personals dringend den wachsenden Anforderungen angepasst werden muss. Auf Bundesebene muss eine eigene Förderlinie des bestehenden Bund-Länder-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingesetzt werden. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen zusätzliche Mittel für die Karriere- und Personalentwicklung bzw. Gewinnung wissenschaftlichen Personals erhalten. In einem wettbewerblichen Verfahren sollen die Länder zusätzliche Mittel u.a. für Tandem-Professuren oder Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von Kooperationen mit Unternehmen, aber auch anwendungsorientierten Forschungsinstituten erhalten.“

Und „Die Bayern SPD unterstützt die Forderung von Hochschule Bayern e.V. nach der Schaffung von Masterstudienplätzen im Umfang von 20 Prozent der Gesamtstudierenden an HAWs“.

Die AfD spricht sich grundsätzlich für eine an die jetzigen Gegebenheiten angepasste Rückkehr zum Hochschul- bzw. Studiensystem vor der Bolognaform aus.

Konkrete Autonomie & Mitsprache

Besonders stark betonen das Thema Hochschulautonomie die Freien Wähler und die FDP. „Uns FREIEN WÄHLERN ist die Autonomie der Hochschulen zentrales Anliegen. Wir sind der Meinung, dass primär die Hochschulen, die Fakultäten und die in ihnen tätigen Personen in der Lage sind, Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass den jeweiligen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen vor Ort bestmöglich Rechnung getragen werden kann. Wir FREIE WÄHLER möchten daher auch in der

kommenden Legislaturperiode eine Hochschulpolitik verfolgen, die sich konsequent an den Zielen der Hochschulautonomie, der Selbststeuerungsfähigkeit und des Subsidiaritätsprinzips orientiert.“ „Hierzu wäre es wünschenswert, wenn Entscheidungskompetenzen nicht nur auf die engere Hochschulleitung beschränkt blieben.“

Die FDP schlägt „mehr finanzielle und personelle Freiheit für die Hochschulen vor“ und fordert ganz konkret ein zugewiesenes Budget mit Verwendungsautonomie“.

Die Grünen streben grundsätzlich ebenso "mehr Kompetenzen für demokratisch gewählte Gremien“, sowie „die kritische Hinterfragung der Rolle der Hochschulräte an. Und last but not least fordert die SPD: „Der Senat soll im Wesentlichen die ihm im Hochschulbereich übertragenen Aufgaben beibehalten und eine stärkere Beschlusskompetenz gegenüber den vom Hochschulrat entworfenen Vorlagen zum Hochschulentwicklungsplan bekommen: Vorschläge zur Gliederung der Hochschule in Fachbereiche sowie in zentrale und sonstige Einrichtungen sowie hinsichtlich der Vorschläge, die die Änderung und Aufhebung von Studiengängen betreffen.“

*„Unser Vorschlag wäre eine autonome Leitbildentwicklung und Profilbildung der HAWs als eigenständige Forschungs- und Kompetenzzentren. Zu den Zukunftsaufgaben der HAWs gehört aus Sicht der FREIEN WÄHLER, ihr differenziertes Leistungsspektrum und ihre spezifischen Forschungsstrategien samt profilbildenden Forschungsschwerpunkten kontinuierlich weiterzuentwickeln und damit den Universitäten auch künftig als Hochschultyp mit ganz eigenem Profil ebenbürtig gegenüberzustehen.“
(Freie Wähler)*

| | Freie Wähler | Die Grünen | FDP | CSU | AfD | SPD | Die Linke |
|--|---|---|--|---|--------------|---|---|
| Bedeutung der HAWs | sehr wichtig | sehr wichtig | sehr wichtig | sehr wichtig | sehr wichtig | sehr wichtig | wichtig |
| Absenkung Lehrdeputat | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja |
| Mind. 1 MA je Professor*in | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja |
| Attraktivitätssteigerung für Manager aus Wirtschaft nötig | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | k.A. |
| Verstärkt Besoldung W3 | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja |
| Mehr Master | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja |
| Mehr Autonomie | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | k.A. |
| Mehr Gremienmitsprache | Ja | Ja | Ja | Bereits vorhanden | Nicht nötig | Ja | Ja |
| Vorschläge für mehr Gremienmitsprache | Kontinuierliche Weiterentwicklung der zukunftsorientierten Anwendungs- und Berufsorientierung auf wissenschaftlicher Grundlage: Zu den Zukunftsaufgaben der HAWs gehört ihr differenziertes Leistungsspektrum und ihre spezifischen Forschungsstrategien samt profilbildenden Forschungsschwerpunkten kont. weiterzuentwickeln Weitere Stärkung flexibler und dualer Studienmodelle für lebenslanges Lernen | Mehr Kompetenzen für demokratisch gewählte Gremien. Kritische Hinterfragung der Rolle der Hochschulräte Mehr Repräsentanz in den Gruppen (z. Lehrbeauftragte, u. a.) | Mehr Demokratie an den Hochschule erfordert mehr Autonomie der Hochschulen Zugewiesenes Budget mit Verwendungsaunomie Mehr finanzielle und personelle Freiheit für die Hochschulen | Das Bayerische Hochschulgesetz bietet den Hochschulen schon mit Art. 106 jetzt umfassende Möglichkeiten Prozesse anders zu steuern, die TUM und die FH München haben davon auch Gebrauch gemacht. | | Das Grundordnungsrecht der Hochschule wird zu einer umfassenden Organisationsautonomie / Möglichkeit, dass alle vier Gruppen vertreten sind. Stärkere Beschlusskompetenz ggü den vom Hochschulrat entworfenen Vorlagen zum Hochschulentwicklungsplan Einführung der Verfassten Studierendenschaft | gesetzliche Verankerung der Verfassten Studierendenschaft Abschaffung der Hochschulräte Einführung der Vier- teiparität zwischen allen Statusgruppen der Hochschule |
| Weitere Anregungen | Soziale Rahmenbedingungen für Studierende im Blick behalten: sicherzustellen. | Wir wollen die Forschungen an HAWs mit geeigneten Maßnahmen weiter stärken. | Alleiniges Promotionsrecht für HAW in definierten Feldern angew. Forschung Mehr Freiheit bei der Entwicklung und Pflege des Studienangebotes Orientierungssemester (Semester 0) | | | Bessere Finanzierung der HAWs Aufbau eines Mittelbaus Stärkung der Forschung eigenes Promotionsrecht | |

Weitere Wünsche & Anregungen

In den offenen Rubriken kritisiert die FDP, dass das BayHschG kein Orientierungssemester (Semester 0) für Studierende zulässt. Die Freien Wähler können sich vorstellen, auch Studierendengremien stärker in die Hochschulentwicklung einzubinden und möchten duale Studienmodelle, sowie Modelle der kooperativen bzw. Verbund-Promotion stärken. Die FDP äußert die Idee, dass in bestimmten Forschungsbereichen die HAWs ein alleiniges Promotionsrecht erhalten könnten. Die Freien Wähler plädieren für die „weitere Stärkung flexibler und dualer Studien-

modelle“ lebenslanges Lernen zu fördern. Und die SPD und Die Linke halten ein eigenes Promotionsrecht für die HAWs für erforderlich und würden die Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft begrüßen. Die CSU weist noch einmal darauf hin, dass das Bayerische Hochschulgesetz den Hochschulen bereits mit Art. 106 umfassende Möglichkeiten bietet, „Die HAWs können schon nach der aktuellen Rechtslage in ihren Grundordnungen regeln, dass der Senat und die Erweiterte Hochschulleitung mehr Kompetenzen erhält.“